

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Sahra Wagenknecht, Ali Al-Dailami, Klaus Ernst, Andrej Hunko, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Zaklin Nastic, Jessica Tatti, Alexander Ulrich und der Gruppe BSW

Volksbefragung zur US-Raketenstationierung ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am Rande des NATO-Gipfels in Washington, D. C. am 10. Juli 2024 verkündeten die Regierungen der USA und der Bundesrepublik Deutschland in einer gemeinsamen Erklärung, dass die USA ab 2026 weitreichende Waffensysteme (Long-Range Fires – LRF) wie Raketen des Typs Standard Missile 6 (SM-6), Marschflugkörper des Typs Tomahawk sowie hypersonische Waffen auf US-Militärstützpunkten in der Bundesrepublik Deutschland stationieren werden. Zur Frage der Stationierung gab es vor dieser Entscheidung weder eine Debatte im Deutschen Bundestag noch in der Öffentlichkeit. Mit der Stationierung von US-Raketen werden aber existentielle Fragen für die Sicherheit der Bevölkerung in Deutschland berührt. Militärexperten sehen eine Erhöhung der Gefahr, dass Deutschland zum atomaren Schlachtfeld wird. So kam Oberst a. D. Wolfgang Richter in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland“ zu der Einschätzung: „Die erwartbare russische Gegenstationierung nuklearfähiger Raketen wird Deutschland einer erhöhten Gefährdung aussetzen. Die absehbare Eskalation der Spannungen mit Russland wird die Sicherheitslage Deutschlands verändern und das atomare Risiko für Deutschland im Konfliktfall gravierend erhöhen.“ (<https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21-371.pdf>, S. 14).

Laut Umfragen lehnt eine relative Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland die Stationierung der US-Raketen ab, in Ostdeutschland sogar 74 Prozent (www.n-tv.de/politik/Knappe-Mehrheit-ist-gegen-neue-US-Raketen-in-Deutschland-article2512250-7.html). In ihren Wahlprogrammen befürworten SPD, Grüne, FDP und AfD eine stärkere direkte Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen. Bei der Union hat sich der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer für eine Volksbefragung hinsichtlich der US-Raketenstationierung ausgesprochen (dpa vom 5. August 2024).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ein Gesetz vorzulegen, um möglichst binnen sechs Monaten, spätestens aber parallel zur Bundestagswahl 2025, eine Volksbefragung zur Frage der US-Raketenstationierung in Deutschland durchzuführen.

Berlin, den 26. August 2024

Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe